



Landtags-Vizepräsidentin Carina Gödecke besucht RWE Forschungseinrichtungen in Bergheim



Die Vizepräsidentin des Landtags Carina Gödecke hat das Innovationszentrum Kohle am Kraftwerk Niederaußem besucht. Neben der Besichtigung des BoA-Blocks und der bestehenden Forschungsanlagen ging es im anschließenden Gespräch mit RWE-Vertretern darum auszuloten, wie die zukünftige Nutzung von Braunkohle jenseits der energetischen Nutzung aussehen kann. Bei unserem Besuch wurden wir auch von Bergheimer SPD-Vertretern begleitet, denen es wichtig war, von den Plänen der Standortentwicklung abseits der Energiewirtschaft aus erster Hand zu erfahren.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die in der letzten Wahlperiode eingerichtete Stiftungsprofessur „Carbon Sources and Conversion“ der Ruhr-Uni Bo-

chum mit Forschungsstandort in Bergheim. Die Universität aus der Heimatstadt von Carina Gödecke will unter anderem auch am Standort in Niederaußem ihre Forschung zur weiteren Nutzung der Braunkohle als Chemiegrundstoff betreiben.

Für Carina Gödecke symbolisiert die Verbindung zwischen ihrer Bochumer Heimat und meinem Wahlkreis bei diesem Projekt, welche übergeordnete Bedeutung dieses Projekt für die Zukunft des Industriestandorts NRW hat. Carina Gödecke und ich wollen weiter unsere Zusammenarbeit für die Zukunft des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen verstärken. Bochum und Niederaußem werden jetzt eine Achse, um innovative Kohlenstofflösungen für die Chemie zu entwickeln.

Landesregierung ist gefordert die Erdkabel-Lösung in Hürth neu zu bewerten

Im vergangenen Monat hatte das Bundesverwaltungsgericht die von der Bezirksregierung Köln festgestellten Planungen für eine Höchstspannungsfreileitung im Bereich der Stadt Hürth für rechtswidrig erklärt. Viele betroffene Anwohner wehren sich gegen die zusätzliche Belastung und hatten die Planungen beklagt. Als Alternative für die Höchstspannungsfreileitung wird von den Anwohnern ein Erdkabel favorisiert, das aber von den Behörden nicht als gleichrangige Alternative geprüft wurde.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts habe ich daher zum Anlass genommen, um eine Kleine Anfrage an die Landesregierung zu stellen. Ich möchte wissen, ob die Landesregierung die von den Anwohnern geforderte Erdkabel-Lösung für die weiteren Planungen neu bewerten und prüfen wird und wie die Landesregierung den Umstand bewertet, dass in Bayern leichter Erdkabel-Lösungen gefunden werden als in NRW. Kann der Trassenbau in Hürth mit einer Erdkabel-Variante nicht eine Chance für die Entwicklung einer Musterlösung darstellen, bei der auch andere Freileitungen in NRW unter die Erde geführt werden können?

Ich bin gespannt, wie die Landesregierung die Erdkabel-Lösung für Hürth nun bewertet und ob hier eine Lösung gefunden werden kann, die auch anderen Kommunen in NRW zu Gute kommen könnte.